

Kein Heiligenschein

Zum Bericht „Noch viel Unsicherheiten rund ums Pfand“ vom 3. Januar:

„Eines ist klar: Wegen des Dosenpfandes wird niemand in Deutschland einen Tod durch Verdursten erleiden, selbst wenn manch große Handelsketten in Windeseile einen zumindest vorläufigen Verzicht auf die Dose praktizieren. Aber auch durch die längst überfällige und seit 1992 in Aussicht gestellte Pfandpflicht erhält die Dose keinen ökologischen Heiligenschein. Von allen Verpackungssystemen bleibt ihr verantwortungslos hoher Energie- und Rohstoffaufwand bei der Produktion auch mit Pfandpflicht weiter bestehen. So gesehen ist das Dosenpfand allenfalls ein Beitrag zur Aktion ‚Saubere Landschaft‘. Einzig und allein die vermiedene Dose fördert die überfällige Energie- und Rohstoffeinsparung.“

Gerhard Albrecht Kellberg

Moderner Demagoge

Zum Bericht „Bedrohung des Weltfriedens“ vom 30. Dezember:

„In diesem Bericht hat Günter Grass den politischen Stil George W. Bushs angeprangert. Günter Grass hat die Situation genau erkannt und er ist mutig genug, öffentlich seine Meinung zu sagen, auch wenn diese, zumindest in Politikerkreisen, unpopulär ist. Wenn uns Deutschen kollektiv unsere nationalsozialistische Vergangenheit vorgeworfen und mit erhobener Zeigefinger gemahnt wird, die Menschen damals hätten Widerstand leisten müssen, hätten das Unrecht nicht zulassen dürfen, so ist doch wohl jedem klar, dass sich an Vergangenen, so schlimm es auch war, leider nichts ändern lässt. Wir können nur in der Gegenwart und für die Zukunft arbeiten – und aus unserer Vergangenheit lernen.“

Dazu brauchen wir aber Politiker mit Rückgrat, die den Mut haben, einem modernen Demagogen ein klares ‚Nein‘ zu seinen Kriegsplänen entgegenzuhalten. Die NATO ist ein Verteidigungsbündnis, kein Angriffsbündnis!“

Christine Fried-Zirke Aholming

Finanzlöcher stopfen

Zum Bericht „Deutsche schießen 100 Millionen Euro in die Luft“ vom 31. Dezember:

„Viele von uns jammern über die anstehenden Steuererhöhungen, Erhöhungen der Krankenkassenbeiträge usw. Und trotzdem haben eben viele dieser Mitbürger genügend Geld, um 100 Millionen Euro an Silvester in die Luft zu schießen. Warum machen wir es nicht wie eine Anzahl Bürger der total verschuldeten Stadt Würzburg, die ein Spendenkonto für ihre Stadt einrichtete und schon eine ganz beachtliche Summe sammeln konnte. Mit diesem Geld ließen sich Finanzlöcher stopfen, anstatt es verwandelt in Feuerwerkskörper in die Luft zu jagen. Unserer Umwelt würden wir damit ebenfalls einen großen Gefallen tun.“

Anne-Rose Heinrich Neureichenau

Kindeswohl ade

Zum Bericht „Gemeinsames Sorgerecht: Chance und Gefahr“ vom 28. Dezember:

„Wo Frauenmacht und Frauengewalt auf der einen Seite ist und den Vätern nur noch die Ohnmacht bleibt (Zahlvater), da geraten die Kinder in die Mühlen der Jugendämter, Gerichte und der Helfer- und Beratungsindustrie. Mit dem Leid der Kinder und der Schaffung von hochstrittigen Beziehungskrisen lässt sich richtig Kohle machen. Dies hat der im Bericht erwähnte Jugendamtsleiter erkannt, weshalb er immer noch ein hohes Risiko im gemeinsa-

men Sorgerecht für beide Elternteile nach Trennung und Scheidung sieht, obwohl das Gesetz jetzt bereits schon vier Jahre alt ist und sich positiv auf das Verhältnis von Vater, Mutter und vor allem die Kinder auswirkt. Wenn hohe Kosten für Jugendhilfe, Betreuung von Kindern und gerichtlichen Stellungnahmen entstehen, dann bedeutet dies auch einen hohen Personalaufwand im Jugendamt. Die Maximierung der jugendamtlichen Bürokratie ist der sicherste Garant für die Höhergruppierung und Besserbezahlung für den Jugendamtsleiter und dessen Angestellten. Gemeinsame Elternverantwortung trotz Trennung und Scheidung macht das Jugendamt in einem erheblichen Maße überflüssig. Das ist Gift für die Arbeitsplätze im Jugendamt, das hat der Jugendamtsleiter erkannt. Familienwohl und Kindeswohl ade, Egoismus hurra! Die europäischen Nachbarländer Deutschlands haben ihre Gesellschaften mit Mut zur elterlichen Eigenverantwortung und Stärkung der Familie schon längst umstrukturiert.“

Heinrich Schwarzmayr Ottobrunn

Katastrophal

Zum Bericht „Forscher: Zuwanderung ist Zukunftsfrage Deutschlands“ vom 27. Dezember:

„Diese Meldung ist für mich die wichtigste Nachricht des Jahres 2002. Hier geht es darum, die zukünftige Entwicklung in Deutschland zu sichern. Wenn die Bevölkerungsschrumpfung weiter so bleibt, gehen wir einer Katastrophe entgegen. Seit dem Pillenknick in den sechziger Jahren werden in Deutschland nur noch rund 1,3 Kinder je gebärfähiger Frau geboren. Nötig wären aber, um den Bevölkerungsstand zu erhalten, 2,2 Kinder je Frau. Eine Milderung der daraus folgenden immer weiter